

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 20745 im Vereinsregister Chemnitz, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 1/2017

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Am Lindenberg 21, 07646 Rausdorf, Tel. 01522-1960531, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de **Rausdorf, 21.07.2017**

Spendenkonto-Nr.: IBAN: DE608 705 400 038 505 163 25, BIC: WELADED1STB

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 200 € zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder



Nach einem Jahr Pause melde ich mich nun wieder, vor allem, um euch zu unserer nächsten Mitgliederversammlung einzuladen, aber auch, um die in den letzten Monaten gesammelten Berichte und Nachrichten weiterzugeben.

Im Fokus stehen heute die Aktivitäten rund um den Riesen-Kiesraubbau bei Mühlberg/Elbe, wo sich eine sehr aktive Bürgerinitiative bereits bis in den Landtag hinein Gehör für ihr Anliegen verschafft hat.

Erst vor wenigen Wochen beschloß der brandenburgische Landtag einen von ihr initiierten Antrag, in dem eine bessere Kontrolle des Abbaubetriebes, höhere Sicherheitsleistungen und vor allem eine zügige Renaturierung gefordert werden.

Den zweiten Schwerpunkt bildet wiederum das Thema Fracking, das ja auch im Zusammenhang mit Entscheidungen des neuen US-Präsidenten Trump wieder in der Presseöffentlichkeit eine Rolle spielte.

Außerdem nutze ich das Editorial gleich noch, um euch an eure noch fälligen Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2017 zu erinnern, bisher haben erst zwei Mitgliedsinitiativen bezahlt. Die Konto-Nummer findet ihr im Kopf des Steinbeissers, sollte jemand nicht wissen, wie viel zu bezahlen ist: 51€ für eingetragene Vereine und 26€ für Einzelmitglieder.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. Bergschadensbetroffener verklagt LEAG S.2
2. Schiedsstelle für Bergbauschäden nicht länger verschleppen S. 2
3. Erdbeben in Oklahoma wegen Fracking - mit dem neuen Fracking-Gesetz wächst die Gefahr auch bei uns S.2
4. Fracking-Vorbereitungen in Bayern – Bundesregierung subventioniert Fracking-Konzerne S.3
5. Windgas – die saubere Alternative zu Fracking funktioniert S.5
6. Was Luther mit Mühlberger Kies zu tun hat S.6
7. Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg S.7
8. Anja Siegesmund: Natur im Südharz vor Eingriffen schützen S.8

Termine :

Mittwoch, den 9.August 2017,
Einladung zur Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt 19.00 Uhr

Tagesordnung:

Rechenschafts- und Kassenbericht
Entlastung des Vorstandes
Neuwahl des Vorstandes
Vorstellung des NABU-Gutachtens zu schützenswerten Arten auf dem Mühlauer Windberg
Informationen aus unseren Bürgerinitiativen

Ort: Naumanns Restaurant „Scharfe Ecke“, Am Markt 23, Burgstädt

(Parken auf dem Markt Burgstädt)

1. Bergschadensbetroffener verklagt LEAG

Am 8. Februar 2017 verhandelte das Landgericht Cottbus die Schadensersatzklage eines Taubendorfer Grundbesitzers gegen die LEAG, nachdem durch die Grundwasserabsenkung des Tagebaues Jänschwalde 19 Obstbäume auf seinem Grundstück vertrockneten.

Der Betroffene lehnte die vom Konzern angebotene Entschädigung als zu gering ab und strebt einen Präzedenzfall an. Seit Jahren versucht der Tagebaubetreiber die Betroffenen „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“ ruhig zu stellen um keine Präzedenzfälle für den Umgang mit Tagebauschäden zu schaffen.

Das Gericht wird über die 2015 eingereichte Klage voraussichtlich im März entscheiden. Der Kläger zeigte sich nach dem Verlauf der Verhandlung jedoch optimistisch, dass das Gericht den Schaden anerkennen werde.

Nach wie vor schrecken Aufwand und Risiko eines Klageverfahrens die meisten Geschädigten ab. Seit Jahren fordern Bergschadensbetroffene daher die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und eine Änderung des Bundesberggesetzes zur Umkehr der Beweislast bei tagebaubedingten Schäden.
Quelle: Lausitzer Kohle-Rundbrief, 20.02.17

2. Schiedsstelle für Bergbauschäden nicht länger verschleppen!

Die Debatte um die Verweigerung der Landesregierung zur Einrichtung einer Schiedsstelle für Schäden durch die Braunkohleförderung in der Lausitz reißt nicht ab. Am vergangenen Donnerstag trafen sich über 60 Betroffene aus Welzow und Umgebung zu einem Fachpodium im Proschimer Kulturhaus. Das Netzwerk Bergbaugeschädigter im Lausitzer Revier bekräftigte seine Forderung, eine Schlichtungsstelle anfangs auch ohne den Bergbausanierer LMBV und nur für den aktiven Tagebau einzurichten. Nach erfolgreichen Gesprächen könne der Bergbausanierer später beitreten. Der ehemalige Bergbaubetreiber Vattenfall sagte bereits die Teilnahme an einer Schiedsstelle zu. Ob sich die tschechischen Oligarchen

als neue Eigentümer der Braunkohlesparte an die Zusage halten, ist bislang noch nicht klar, sagte Petra Franz, Vorsitzende des Netzwerkes.

Die Landtagsabgeordnete Heide Schinowsky verlangt in einer Pressemitteilung von Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) Aufklärung über den Zeitplan zur Einrichtung der Schlichtungsstelle. Nach massivem Protest aus der Lausitz hatte der Landtag im Juni 2013 die Einrichtung einer Schiedsstelle beschlossen. Der damalige Bergbaubetreiber Vattenfall sicherte seine Beteiligung zu. Der Bund bzw. die LMBV waren jedoch nicht bereit, sich an der Finanzierung der Schiedsstelle für Schäden durch die ehemaligen DDR-Tagebaue zu beteiligen. Mit Verweis hierauf hatte Wirtschaftsminister Gerber die Einrichtung des Gremiums bislang nicht umgesetzt.

Schinowsky kritisiert das als „nicht erklärbar“: Die Unsicherheiten durch den Vattenfall-Rückzug seien inzwischen geklärt; der Eigentümerübergang vollzogen. Zudem ist die Einigung über die Fortsetzung des Verwaltungsabkommens zur Sanierung der DDR-Tagebaue dem Vernehmen nach erfolgt. Über 100.000 Euro sind im Landeshaushalt für die Schiedsstelle eingeplant. Trotzdem herrsche bei der Landesregierung Stillschweigen. Eine im Sommer 2016 durch die Regierungskoalition für Herbst zugesagte Befassung im Wirtschaftsausschuss habe es ebenfalls nicht gegeben. Für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Mittwoch (22. Februar) ist nun von den Grünen eine Aussprache beantragt.

3. Erdbeben in Oklahoma wegen Fracking - mit dem neuen Fracking-Gesetz wächst die Gefahr auch bei uns

von Sonja Schumacher

5. Sep. 2016 — Liebe UnterstützerInnen gegen Fracking,

es hat in Oklahoma ein schweres Erdbeben gegeben wegen Fracking:

<http://www.n-tv.de/panorama/Starkes-Erdbeben-erschuettert-Oklahoma-article18561741.html>

Das von der Bundesregierung verabschiedete Fracking-Gesetz ermöglicht nach mehrjähriger Pause nun wieder Fracking an konventionellen Erdgas-Bohrlöchern. Damit droht auch in Deutschland wieder die Gefahr von Erdbeben und die erneute unkontrollierte Freisetzung des Klimakillers Methan.

Für unsere Fracking-Klage gegen dieses Gesetz haben wir einen neuen Flyer mit allen wichtigen Informationen zusammengestellt. Sie finden ihn hier: <http://aarhus-konvention-initiative.de/flyer/>

Die Bundesregierung hat das Umweltschutzgesetz immer noch nicht verabschiedet. Danach wird es sofort zur Klage vor der UN kommen. Dank Ihrer Hilfe sind wir bei unserem Vorhaben, unser gutes Umweltrecht im Hinblick auf Fracking mithilfe der Aarhus-Konvention zu erstreiten, schon einen großen Schritt weitergekommen. Jetzt fehlen uns nur noch knappe 16.000 Euro. Wir bitten Sie noch einmal um Ihre Spende, damit wir auch unser Recht auf Beteiligung und unser Klagerecht gegen Fracking erstreiten können und langfristig durchhalten können. Das Erdbeben zeigt, es ist dringend nötig, dass wir uns wehren. Beim letzten Spendenaufruf haben Sie uns über 5000 Euro anvertraut. Danke für Ihr Vertrauen!

Da unser Vorhaben, einen bundesweiten „Fracking-Plan“ mit Hilfe der UN Aarhus Konvention zu erhalten, langwierig ist, möchte ich Sie heute mit einem Erfolg aus dem atomaren Bereich motivieren durchzuhalten: Brigitte Artmann hat ihre Klage vor dem Aarhus Komitee gegen Tschechien und den Temelin-Ausbau gewonnen! Ihr Erfolg: Tschechien muss unter anderem dafür sorgen, dass ALLE Menschen in Tschechien und Deutschland AKTIV über das Vorhaben des AKW-Neubaus informiert werden und entsprechend beteiligt werden. Diese Entscheidung des Aarhus Komitees liegt der tschechischen Regierung und Brigitte Artmann seit kurzem vor. Bereits davor haben unsere tschechischen Nachbarn ein Verfahren begonnen, um

zwei neue Reaktoren am Standort Dukovany bei Brünn bauen zu können. Seit kurzem dürfen auch Sie in Deutschland rechtsverbindlich daran teilnehmen. Eine Einwendung, die Sie nach Prag schicken können, wenn Sie möchten, finden Sie hier: <http://aarhus-konvention-initiative.de/eudukovany-uvp-scoping-textvorlage-stellungnahme-zum-akw-neubau-dukovany/>

Mit herzlichen Grüßen
Sonja Schuhmacher

Spendenkonto für Aarhus-Beschwerde gegen Fracking (ohne Spendenquittung)
Brigitte Artmann Aarhus Konvention
IBAN: DE48780500000222354185
BIC: BYLADEM1HOF

Treuhandkonto (ohne Spendenquittung)
Treuhandkonto Aarhus-Beschwerde
IBAN DE58 2008 0000 0404 6444 01
BIC: DRESDEFF200
Commerzbank AG

Quelle: <https://www.change.org/p/fracking-komplett-verbieten-ausgfracktis/u/17763383>

4. Fracking-Vorbereitungen in Bayern – Bundesregierung subventioniert Fracking-Konzerne



Sonja Schuhmacher

Weiden, Deutschland

Quelle: <https://www.change.org/p/fracking-komplett-verbieten-ausgfracktis/u/18757343>



11. Dez. 2016 — Liebe UnterstützerInnen, in Bayern wird nicht gefrackt“, behaupten verantwortliche Politiker gern. Tatsächlich werden aber in Bayern auf einer Fläche von knapp 10.000 Quadratkilometern derzeit Erkundungen vorgenommen, Bohrungen vorbereitet und/oder seismische Untersuchungen durchgeführt.

Betroffen sind folgende Gebiete:

- Schwaben
- Salzach-Inn
- Grafring und Grafring Süd
- Mindelheim
- Weiden
- Egmating
- Schongau
- Starnberger See
- Aubach

Die beteiligten Fracking-Konzerne sind unter anderem:

- Wintershall AG (BASF)
- Rohöl-Aufsuchungs AG (unter Beteiligung von E.ON)
- Rhein Petroleum GmbH (im Besitz der niederländischen Tulip Oil unter Leitung des Ex-Shell-Managers Roelof Platenkamp)
- Naab Energie (im Besitz von Rose Petroleum, einer britischen Briefkastenfirma)
- DEA Deutsche Erdöl AG (im Besitz des russischen Oligarchen Michail Fridman)

Nähere Informationen zur Anfrage des Grünen Landtagsabgeordneten Ludwig Hartmann zu den Fracking-vorbereitenden Aktivitäten in Bayern finden Sie hier:

<http://www.ludwighartmann.de/fracking-in-bayern-neue-entwicklungen/>

Was Sie tun können:

- Wenn Sie in einem der betroffenen Gebiete wohnen und sich einer Bürgerinitiative anschließen oder eine BI gründen wollen,

wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des Bund Naturschutz in Ihrer Nähe.

<https://www.bund-naturschutz.de/bund-naturschutz/organisation/kreisgruppen-ortsgruppen.html>

- Wenden Sie sich an Ihre Kommunalpolitiker vor Ort (z. B. im Kreistag) und fordern Sie sie auf, Transparenz über die Aktivitäten des Unternehmens herzustellen.

- Wenn Sie Grundstückseigentümer sind, erlauben Sie keinesfalls seismische Erkundungen. Wirken Sie auf Ihre Gemeinde und Ihre Nachbarn ein, dies ebenfalls nicht zuzulassen.

Offensichtlich bietet uns das Fracking-Gesetz der Bundesregierung nicht den erhofften Schutz vor der Zerstörung unserer Landschaft, der Vergiftung unseres Wassers und der Gefährdung unseres Klimas.

Skandalös ist, dass die Bundesregierung jährlich 4,75 Millionen Euro unserer Steuergelder für die „Fracking-Forschung“ ausgeben will – wie eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Hubertus Zdebel ergab. (http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=58348&tx_ttnews%5Bcat%5D=44&cHash=57335f36c7)

„Darunter sind auch Mittel für die überwiegend mit frackingfreundlichen Mitgliedern besetzte Expertenkommission“, so Zdebel (DIE LINKE), Obmann seiner Fraktion im Umweltausschuss. „Dies ist eine skandalöse, indirekte Subventionierung der Konzerne.“ Auch für „den jeweiligen Dialogprozess von Fracking-Vorhaben vor Ort“ sind Gelder eingeplant – also Werbung für Fracking auf unsere Kosten. Wir von Abgefrackt – Bündnis Weidener Becken gegen Fracking – finden uns damit nicht ab. Wir verfolgen weiter unser Vorhaben, unser gutes Umwelt-Recht einzuklagen – d.h. das Recht auf Information, (echte) Beteiligung und den Zugang zu Gerichten, solange noch alle Optionen offen sind, um uns gegen schädliche Großprojekte wie Fracking zu wehren. Helfen Sie uns, geltendes internationales

Umweltrecht auch in Deutschland umzusetzen mit einer Beschwerde vor der UN in Genf!...

5. Windgas – die saubere Alternative zu Fracking funktioniert!

Sonja Schuhmacher, Weiden,



24. Okt. 2016 — Liebe Fracking-GegnerInnen,
heute habe ich eine erfreuliche Nachricht für Sie: Windgas, die saubere und machbare Alternative zum schmutzigen Geschäft mit Fracking, geht an Netz! Oft mussten wir uns von Politikern die Behauptung anhören, Windgas oder Power-to-Gas sei nicht marktreif, das funktioniere nicht. Der Beweis, dass es praktisch sehr gut funktioniert, wurde nun in Haßfurt erbracht! Die Kosten für die Power-to-Gas-Anlage im fränkischen Haßfurt beliefen sich auf magere 2 Millionen Euro – ein geringer Betrag im Vergleich zu den Milliarden-Subventionen für klimaschädliche fossile Brennstoffe. Hören wir auf, überschüssigen Strom ins Ausland zu exportieren – 2015 hatte Deutschland einen Rekordstromüberschuß von über 60 Terawattstunden. Skandalös ist es auch, Erneuerbare Energien einfach abzuschalten, während Kohlekraftwerke munter weiterlaufen. Viel sinnvoller ist es, den erneuerbaren Überschuss in Gas umzuwandeln und ins Gasnetz einzuspeisen. Damit lassen sich bis zu 90 dunkle wind-

arme Tage überbrücken! Eine geniale Lösung für eine saubere, lebenswerte Zukunft.

Jetzt sollte unsere Regierung in diese Zukunftstechnologie investieren, die uns und unseren Kindern mehr Sicherheit, Unabhängigkeit und Klimafreundlichkeit bringt. Aber solange das nicht geschieht, können wir die Energie- und Wärmewende auch selber in die Hand nehmen – so wie 14.000 Greenpeace-Energy-Kunden, die für ihre Heizung bereits heute Windgas beziehen.

20.10.2016 | Pressemeldung

Premiere: Power-to-Gas-Anlage bietet Regelernergie im lokalen Stromnetz Neuartiger Windgas-Elektrolyseur von Greenpeace Energy und Stadt Haßfurt nimmt offiziell Betrieb auf

Nach einem mehrwöchigen erfolgreichen Testlauf nimmt der neuartige Windgas-Elektrolyseur der Städtischen Betriebe Haßfurt und des Hamburger Ökoenergieanbieters Greenpeace Energy heute seinen Regelbetrieb auf. Die hochmoderne Anlage am Mainhafen wandelt überschüssigen Strom aus dem nahen Bürgerwindpark Sailershäuser Wald sowie aus weiteren Windenergie- und Solaranlagen in erneuerbaren Wasserstoff um, auch Windgas oder Power to Gas genannt. Pro Jahr wird der containergroße Elektrolyseur eine Million Kilowattstunden des Öko-Gases für die 14.000 proWindgas-Kunden von Greenpeace Energy ins Gasnetz einspeisen.

„Die Windgas-Technologie ist ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende“, sagt Greenpeace-Energy-Vorstand Nils Müller. „Wir betreten heute zugleich technisches Neuland: Denn unser extrem reaktionsschneller Elektrolyseur hilft dabei, sowohl das lokale Stromnetz als auch das übergeordnete Verteilnetz zu stabilisieren. In Deutschland und wohl auch weltweit ist dies ein absolutes Novum. Wir tragen so zu einer sicheren Stromversorgung in einer erneuerbaren Energie-Welt bei.“

Der in der fränkischen 14.000-Einwohner-Stadt eingesetzte 1,25-Megawatt-Elektrolyseur von Siemens gehört zur neuesten

Generation: Die PEM-Anlage (PEM = polymer electrolyte membrane) produziert nicht nur Wasserstoff, sondern verhindert auch Ausfälle im lokalen Stromnetz, wo Erzeugung und Verbrauch immer im Gleichgewicht bleiben müssen.

Möglich macht das die Steuerungssoftware der Firma Next Kraftwerke, die den Elektrolyseur mit anderen Anlagen zu einem „Virtuellen Kraftwerk“ zusammenschaltet. Binnen Millisekunden reagiert der Elektrolyseur auf Leitsignale und fährt seine Leistung hinauf oder herunter – bietet also Regelleistung zur Netzstabilisierung. Diese Bereitstellung sogenannter Flexibilität auf lokaler wie regionaler Ebene ist derzeit einzigartig – wird aber in Zukunft in einem erneuerbaren Energiesystem unverzichtbar sein.

„Wir gehen als innovatives Stadtwerk bei Windgas und mit neuen Technologien im Dienste der Energiewende voran“, sagt der Haßfurter Stadtwerk-Chef Norbert Zösch bei der Einweihung des Elektrolyseurs. Bislang zögert die Politik, Windgas die nötige Unterstützung zu gewähren. Dabei zeigen Studien, dass Windgas nicht nur im Strombereich unverzichtbar ist, sondern zudem als einzige Technologie die nötigen Kapazitäten bietet, um in Zukunft auch im Verkehrssektor, in der Wärmeversorgung oder in der Chemieindustrie die CO₂-Emissionen drastisch zu senken.

Lesen Sie weiter:

<http://www.greenpeace-energy.de/presse/artikel/article/neuartiger-windgas-elektrolyseur-von-greenpeace-energy-und-stadt-hassfurt-nimmt-offiziell-betrieb-au.html>

Und wie immer unsere Bitte: Um gegen das Fracking-Ermöglichungsgesetz der Bundesregierung und die geplanten Kohlestrom-Montertrassen vorzugehen, bereiten wir UmweltaktivistInnen aus Nordostbayern eine Beschwerde vor dem Aarhus-Komitee vor.

Die Stellungnahme unserer Rechtsanwältin Dr. Rhoda Verheyen zur Novellierung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes <http://aarhus-konvention-initiative.de/aarhus-stellungnahme-umweltrechtsbehelfsgesetz/> ist bereits fertig. Sie ist die Basis unserer Beschwerde.

Wir rechnen damit, dass der Weg nach

Genf insgesamt, inklusive Gutachten, Übersetzungen usw. circa 60.000 Euro kosten wird. Wir haben bereits dank Ihrer Hilfe über diese Petition weit mehr als 20.000 Euro gesammelt, weitere Spenden kamen von Bürgerinitiativen. Für Ihre bereits eingegangenen Spenden herzlichen Dank!

6. Was Luther mit Mühlberger Kies zu tun hat

Die Mühlberger haben zu ihrem Heimat- und Kinderfest neue Thesen und Forderungen aufgestellt. Gefeiert wurde natürlich auch.

von Veit Rösler – Lausitzer Rundschau v. 1.7.17

MÜHLBERG (vrs!) Nach dem Verteilen unzähliger Ablassbriefe kann jetzt in Mühlberg erst einmal wieder tüchtig gesündigt werden, zumindest für die nächsten 500 Jahre! Verteilt wurden die begehrten Schriftstücke durch Pater Alois Andelfinger und seine Kollegen von der katholischen und evangelischen Kirchgemeinde beim großen Festumzug am Samstagnachmittag. Entgegen früheren Gepflogenheiten, die einst zur Reformation geführt haben, wurden diesmal gleich goldene (Schokoladen) Taler mit verteilt. Grund für die Aktion ist das 500. Jubiläum der Reformation, unter deren Motto der Umzug diesmal stattfand. Unter dem Leitgedanken "Wir sind gemeinsam unterwegs" hatte die Mühlberger Ökumene einen Festwagen mit einer Kirche gestaltet, der von zwei Pferden gezogen wurde. ...

Der „Verein für eine Heimat mit Zukunft e.V.“ mit derzeit 58 Mitgliedern aus den umliegenden vom Kiesabbau betroffenen Gemeinden nutzte den Umzug und dessen Thema für einen neuerlichen öffentlichen Thesenanschlag. „Wir wollen den weiteren Kies-Raubbau verhindern“, so die Vereinsvorsitzende Sigrig Käseberg (56). Im Rahmen neuer zur Entscheidung anstehender Rahmenbetriebspläne wären zeitnah insgesamt 650 Hektar Flächen betroffen. "Wir wollen diese Flächen

verringern und wir wollen, das Kies als ein wertvolles Produkt und nicht als billige Massenware behandelt wird. Wir wollen eine ressourcenschonende Vermarktung", heißt es weiter. „daneben spielen für uns auch unsere wertvollen Ackerböden und die negativen Auswirkungen durch Grundwasser-senkung eine Rolle. Unsere Lebensqualität sinkt durch Schall, Staub und unzugängliche Flächen. Wir fordern die Rekultivierung ehemaliger Abbauflächen, die im Moment noch von Betretungsverbot betroffen sind", meint Tochter Sonja Käseberg (23). Auf ihrem Thesenanschlag im Lutherjahr fordert der Verein zum Beispiel eine Reformation des zum Teil noch aus der Kaiserzeit stammenden Bergrechtes und eine Gleichbehandlung von Ost- und West-Abbaugebieten. In Mühlberg gibt es also auch 500 Jahre nach der Reformation noch jede Menge Reformierungsbedarf. Auch mit den Fest-Themen ist die Stadt an der Elbe reich gesegnet. So steht im nächsten Jahr der Umzug thematisch unter dem Ritt Karl des 5. von Mühlberg nach Blesern. Und im Jahre 2019 steht der 200. Geburtstag von Theodor Fontane an. Themen, die in der Geschichte nicht spurlos an Mühlberg vorbei gegangen sind.



Soll in die Geschichte eingehen. Die Mühlberger Thesentür anno 2017.

7. Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg

Bericht aus dem Landtag Brandenburg von der Bürgerinitiative „Für eine Heimat mit Zukunft“ e. V.

Am 21.06.2017 tagte der Wirtschaftsausschuss des Landtags in Potsdam über den Antrag der BVB/ Freie Wähler Gruppe –

Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg- und am 29.06.2017 wurde der Antrag zur Beschlussfassung in der 48. Plenarsitzung dem Landtag vorgelegt.

Das Thema war bereits 2015 im Landtag durch einen Antrag von Frau Schülzke (BVB/Freie Wähler) vorgebracht und zunächst in den Wirtschaftsausschuss übergeben worden. Interessant in diesem Zusammenhang bleibt die Tatsache, dass sich unser Landwirtschaftsministerium um den massiven dauerhaften Flächenverlust der wertvollsten Brandenburger Böden bisher nicht äußert.

Nach 2 Jahren wurde nun im Wirtschaftsausschuss über eine Beschlussempfehlung und den zusätzlichen Entschließungsantrag und die Zustände im Kiesabbau um Mühlberg diskutiert.

Zunächst äußerte sich Frau Schwarzenberg (Die Linke) kritisch über die aktuellen Zustände. "Die Linke" unterstützte den Antrag und ergänzte die Beschlussempfehlung um die Punkte weiterer Auflagen wie die Hinterlegung von Sicherheitsleistungen durch die kiesfördernden Betriebe.

Die Gespräche "am runden Tisch" sollen fortgeführt werden, um beiderseits erträgliche Kompromisse zu erreichen.

Die Raumbelastungsstudie soll ausgewertet werden bezüglich der Frage „Wieviel Kiesabbau verträgt die Region?“.

Als Gast der Bürgerinitiative war Frau Schwarzenberg bereits 2016 vor Ort gewesen und damit umfangreich über die lokalen Probleme im Bilde.

Frau Schülzke (BVB/Freie Wähler) kennt aus ihrer früheren Tätigkeit als Amtsdirektorin in Schlieben die Probleme mit Kiesgruben und verbleibenden Restlöchern nur zu gut. Sie unterstützt die Arbeit der Mühlberger Bürgerinitiative "Verein für eine Heimat mit Zukunft" e. V. seit der Radtour durch die Tagebaue 2015 und war bereits mehrfach in den Sitzungen der Bürgerinitiative zu Gast.

Sie äußerte sich anschließend mit detailreichen Ergänzungen zum Antrag, den

Versäumnissen der Vergangenheit und den aktuellen Themen - wie die Höhe der Altenauer Halde und den vernachlässigten Re-kultivierungsmaßnahmen. Sie fordert eine ausgeweitete Zusammenarbeit mit dem Bergamt (LBGR) unter Einbeziehung des Umweltamtes des Landkreises Elbe-Elster und des "Institutes für Bergbaufolgen" in Finsterwalde.

Wir als Bürgerinitiative begrüßen diese Forderung als effektives Mittel, künftig auf dem "kurzen Dienstweg" Probleme anzugehen.

Herrn Jungclaus (B90/Grüne) fehlten im Antrag mehrere wichtige Punkte wie den Verlust der Aueböden sowie die Grundwasser- und Hochwasserthematik. Er besuchte Mühlberg im Frühjahr und hatte die Möglichkeit, die Missstände und Ausmaße mit eigenen Augen zu sehen.

Fr. Schade (AFD) stellte mehrfach die Frage nach den Verantwortlichen des Re-kultivierungsstaus, ohne vom Minister Gerber oder Hr. Thiem eine klare Antwort zu erhalten.

Hr. Homeyer von der CDU war der Meinung, dass das LGBR gute Arbeit macht.

Die SPD ist beim Thema mit der Linken auf einer Linie und befürwortete den Antrag.

Hr. Thiem sagte in der anschließenden Befragung aus, dass regelmäßige Kontrollen erfolgen, auch durch Befliegung. Konkrete Zahlen/Daten konnte er nicht nennen.

Wie es mit der Altenauer Halde (die nach seiner Aussage vom Vorgänger stammt) weitergeht, soll in einem neuen Planungsverfahren im Zusammenhang mit der Altenauer Erweiterung festgelegt werden. Diese ist allerdings noch nicht einmal beantragt. Dazu will er die untere Naturschutzbehörde ins Boot holen.

Dies war auch für die Ausschussmitglieder fraktionsübergreifend kaum fassbar und dieses Vorgehen wurde strikt abgelehnt.

Hr. Thiem verteidigte sich mit der Begründung, dass der Rahmenbetriebsplan ein fakultativer RBP sei und darum der Rückbau unter Auflagen und erst im künftigen Verfahren geplant ist, eben nach der neuen Genehmigung. Bankbürgschaften aus den 90er Jahren seien vorhanden.

Dann wurde der Antrag einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen.

In Q1/2018 wird das Thema erneut im Wirtschaftsausschuß behandelt werden. In der Plenarsitzung gab es dann keine weiteren Erkenntnisse, die Parteien trugen ihre bekannten Ansichten vor und der Beschlussvorlage wurde zugestimmt. Dem weiterführenden Entschließungsantrag der Grünen, in welchem der Verlust der Aueböden, der Hochwasserschutz und die Grundwassergefährdung thematisiert worden waren, folgte die Regierungskoalition leider nicht.

8. Anja Siegesmund: Natur im Südharz vor Eingriffen schützen

Land übt Vorkaufsrecht für weitere Flächen im Südharz aus

Das Thüringer Umweltministerium hat das Landesverwaltungsamt als zuständige Obere Naturschutzbehörde beauftragt, das naturschutzrechtliche Vorkaufsrecht für drei Flächen im Naturschutzgebiet „Himmelsberg bei Woffleben“ (Landkreis Nordhausen) für das Land auszuüben. Dies teilte Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund heute in Erfurt mit. „Wir wollen die artenreiche Gipskarstlandschaft im Südharz vor weiteren Eingriffen des Gipsabbaus schützen und für den Naturschutz sichern. Mit der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts für die drei naturschutzfachlich wertvollen Flächen setzen wir ein deutliches Zeichen für den Naturschutz in der Region“, sagte Siegesmund. Auch ein vor Ort tätiges Gipsabbauunternehmen beabsichtigt, die Flächen zu kaufen.

Mit der Ausübung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts sollen die besonders arteneichen Flächen mit einer Gesamtgröße von 26.632 m² dauerhaft erhalten und für die zur Weiterentwicklung der wertvollen Biotope und Arten erforderlichen Naturschutzmaßnahmen gesichert werden. Die Flächen sind Teil des FFH-Gebiets „Kammerforst-Himmelsberg-Mühlberg“ und damit Teil des europäischen Schutzgebietsnetzes NATURA2000.